

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Erfahrkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Postgebühren) M. 39,—.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Wesenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreizehnbaltige Beizeile oder deren Raum 200 M.,
für Veranlagungsanzeigen 80 M. pro Zeile.

Betrachtungen zur Ruhrbesetzung.

Im Ruhrgebiet vollzieht sich ein beharrliches zähes Ringen. Dort wird ein eigenartiger Kampf geführt, wie ihn in ähnlichem Umfange die Geschichte noch nicht gesehen. Man hat dafür die Bezeichnung „Steppenfeuer“ geprägt. Auf einen so einhelligen, geschlossenen Widerstand der gesamten Ruhrbevölkerung waren Poincaré und Genossen nicht gefaßt. Mit Leichtigkeit wollte man vor allen Dingen die Arbeiter ködern, damit der französische Kapitalismus sie ungehindert ausbeute. Diese Epheulung hat sich als eine verfehlt erwiesen. Arbeiter, Angestellte und Beamte haben den mannigfachen französischen Lockungen widerstanden und dafür schwere Opfer auf sich nehmen, Verhaftungen, Ausweisungen, Mißhandlungen usw. erdulden müssen. Das alles aber hat sie in ihren Entschlüssen nicht wankend machen können. Inzwischen haben die anfänglichen Teilkaktionen ganz von selbst erweiterten Umfang angenommen. Soweit die Werksbetriebe in Frage kommen, ist in einigen Bezirken mit einer gänzlichen Stilllegung, die zum Teil bereits eingetreten ist, zu rechnen. Welche Folgen dadurch entstehen müssen, läßt sich leicht ausdenken. Die schon jetzt unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln und Waren aller Art, die nicht zuletzt durch das Auflaufen derselben durch die Besatzungstruppen hervorgerufen ist, dürfte dann so gut wie ganz versagen. Zu den an sich schwer zu ertragenden Unannehmlichkeiten der Fremdherrschaft werden sich Hunger und Elend gesellen; die Aussichten für die Zukunft sind somit denkbar trübe. Katastrophen schlimmster Art sind unausbleiblich, wenn es nicht noch in letzter Stunde gelingt, für die allernotdürftigste Ernährung der Bevölkerung zu sorgen.

Angesichts der überaus kritischen Situation, wie sie durch die Besetzung des Ruhrgebietes nicht nur für dieses, sondern auch für das ganze unbesetzte Deutschland entstanden ist, drängt sich ganz von selbst die Frage auf, ob durch eine Befriedigung der französischen Ansprüche, soweit sie vorwiegend finanzieller Art sind, die Ruhrbesetzung hätte verhütet werden können. Die „Weltwirtschaftliche Korrespondenz“ beantwortet diese Frage in einem Aufsatz: Frankreichs Finanznot und die Ruhrbesetzung, wie folgt:

Es ist wahrscheinlich, daß in einem früheren Zeitpunkt durch entsprechende finanzielle Leistungen Deutschland einen Erfolg erzielt hätte. Die große Schuld der deutschen Schwerindustrie ist es, daß sie die Aufbringung der finanziellen Mittel zur Befriedigung Frankreichs damals hintertreiben hat, da es anzunehmen ist, daß anfangs bei den französischen Aktionen die finanzielle Not ausschlaggebend war. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß bei der Ruhrbesetzung diese Gesichtspunkte eine ausschlaggebende Rolle gespielt hätten. Frankreich hätte doch auch infolge des Zahlungsplanes Englands, den es der Pariser Konferenz vorlegte, sofort große Summen erhalten können, und es würde ihm weitgehende Schuldenerleichterung seitens Englands zugesichert. Es wurde auch dargelegt, daß die sogenannten „produktiven Pfänder“ Poincarés, wie Beschlagnahme der Bölle usw., keinen finanziellen Erfolg haben können. Gleichzeitig mit der Ruhrbesetzung hat man dem französischen Parlament eine Gesetzesvorlage unterbreitet, nach welcher sämtliche Steuern um 20% erhöht werden sollten. Die Mehrerlöse der Besatzungsarmee werden die Mehreinnahmen aus den Steuern, falls sie vom Parlament bewilligt werden, was sehr unwahrscheinlich ist, in Anspruch nehmen. Bei der Ruhrbesetzung waren also teils politische Absichten der französischen Regierung maßgebend, welche auf die Zertrümmerung Deutschlands hinausgingen, teils wirtschaftliche Absichten der Schwerindustrie und des Finanzkapitals, entweder um den deutschen Konkurrenten loszuwerden, oder um deutsche Rohstofflager und Industriebetriebe zu gewinnen, oder aber beides zusammen.

Nach diesen Darlegungen kann es fraglich erscheinen, ob Frankreich sich von seinem vorgefaßten Plane der Besetzung des Ruhrgebietes hätte zurückhalten lassen, selbst dann, wenn ihm der nunmehr für seinen Einfall vorgeführte Anlaß deutscherseits genommen worden wäre; denn die mit der Besetzung seitens Frankreichs verfolgte Absicht ist in den vorerwähnten Auslassungen zweifellos richtig wiedergegeben. Der Schreiber dieser angezogenen Aufsätze hat unseres Erachtens auch durchaus recht, wenn er meint, daß diese Absicht Frankreichs sehr bald auch vor aller Welt offenbar

würde, wenn Deutschland auch jetzt noch den Versuch machte, die finanziellen Bedürfnisse Frankreichs weitestgehend zu berücksichtigen; was allerdings nur möglich wäre unter schärfster Heranziehung des Großkapitals, durch dessen Widerstand das Unglück zum großen Teil heraufbeschworen wurde. Durch ein solches Verhalten Deutschlands könnten auch dem Auslande Zeichen eines energischen Erfüllungswillens gezeigt werden. Würde trotz schärfster Heranziehung des Besitzes und der eben erwähnten Bereitwilligkeit Deutschlands gegenüber Frankreich bezüglich der finanziellen Verpflichtungen die französische Regierung ihre imperialistische Politik weiter betreiben und sich zur Räumung des Ruhrgebietes nicht veranlaßt sehen, dann wäre sein Unrecht noch offenkundiger als jetzt, und es könnte dann seine Absichten nicht mehr verleugnen. Ein solches Verhalten Deutschlands hätte jedoch zur Voraussetzung, daß eine neue Finanzpolitik in die Wege geleitet würde; mit der bisherigen Finanzpolitik, die die Staatslasten überwiegend den Arbeitern aufbürdet, müßte endgültig gebrochen werden.

Wenn die Regierung wie vorstehend angedeutet vorgeht, brauche die Abwehraktion im Ruhrgebiet gegen den Einfall der Franzosen und Belgier nicht im geringsten gestört zu werden. Vielleicht würde sie noch einheitlicher und in ihrer Wirkung wichtiger gestaltet werden können, wenn die Arbeiterschaft den schlüssigen Beweis erbracht sähe, daß es die Regierung nicht bei schönen Worten bewenden läßt, sondern zur Tat schreitet. Daß eine sehr viel schärfere Heranziehung des Großkapitals zu den Leistungen an den Staat möglich und durchführbar ist, daß die erforderlichen Mittel verfügbar sind, ohne daß der deutsche Kapitalismus seine Auslandreserven in Anspruch zu nehmen braucht, unterliegt gar keinem Zweifel. Zu einem Teil ist hierfür der Beweis erbracht durch die in anerkennenswerter Weise für die Ruhrhilfe bereitgestellten Mittel. Die starke Abneigung und das nicht geringe Mißtrauen in weiten Kreisen der Arbeiterschaft gegen die gemeinsame Hilfsaktion sind doch zum überwiegenden Teile dem bisherigen Verhalten der Kapitalisten und Unternehmer zuzuschreiben. Die Arbeiterschaft hat bei allen Gelegenheiten gezeigt, daß sie bereit und willens ist, für die Linderung der Notlage ihrer Berufs- und Klassen-genossen nach besten Kräften einzutreten. Wenn, wie im vorliegenden Falle, von ihr besondere Opfer verlangt werden, vielleicht für diesen besonderen Zweck verlangt werden müssen, so ist doch erste Bedingung, daß man ihnen diese Opfer zu bringen erwidert. Bureit leidet die Arbeiterschaft mit am stärksten unter den geradezu ungeheuerlichen Auswirkungen der Ruhrbesetzung, die sich mit jedem Tage verschlimmern. Riesengroß ist die Not in weiten Volksteilen. Die Arbeiter verstehen es einfach nicht, wenn heute ihre dringlichsten Lohnforderungen, deren Erfüllung ihnen noch bei weitem nicht das becheidenste, Existenzminimum garantiert, von den Unternehmern in jähroffter Weise abgelehnt werden, daß sie mit denselben Unternehmern gemeinsam Opfer bringen sollen für eine Sache, für die nicht sie, sondern wie oben bereits dargelegt wurde, in erster Linie das deutsche Großkapital, die Schwerindustrie, verantwortlich zu machen ist. Eine gemeinsame Hilfsaktion aller Klassen hat zur zwingenden Voraussetzung, daß die besitzenden Klassen sich ernstlich dafür einsetzen, daß die Notlage der nichtbesitzenden Schichten eine Linderung erfährt, damit sie tragfähig für die von ihr verlangten Opfer werden. In dieser Beziehung lassen es jedoch die Kapitalisten und Unternehmer ohne Unterschied an der notwendigen Bereitwilligkeit fehlen, wie läglich und schändlich die Lohnverhandlungen beweisen. Bei einem solchen Verhalten gegenüber den Arbeitern kann man von ihnen natürlich nicht verlangen, daß sie einer gemeinsamen Hilfsaktion große Sympathien entgegenbringen. An den Unternehmern in erster Linie liegt es, durch eine andere Einstellung gegenüber den berechtigten und begründeten Forderungen der Arbeiter zur Beseitigung des in ihren Kreisen vorhandenen Mißtrauens gegen die gemeinsame Hilfsaktion beizutragen.

Aber auch die Regierung wird sich anders einstellen müssen. Will sie noch länger untätig zusehen, wie Schieber

und Wucherer sich an der grenzenlosen Not des Volkes weiden und daran in maßloser Weise bereichern? Fehlt es ihr noch immer an der notwendigen Energie, nun endlich schnellstens zuzupacken, damit diesen Parasiten am Volkskörper das Handwerk gründlich gelegt wird? Will sie es zum Allerschlimmsten kommen lassen? Ist ihr noch immer nicht klar genug zum Bewußtsein gekommen, daß ohne ein energisches Zugreifen ihrerseits die Not mit jedem Tage noch höher steigt, der Unwille und die Unzufriedenheit in weiten Volksteilen sich ständig vergrößern müssen? Es ist wahrlich allerhöchste Zeit, daß sie alle nur erdenklichen Mittel und Wege prüft, die Abhilfe verspricht, und nichts unterläßt, was zu tun, ihr die große Verantwortung, die auf ihr lastet und die mit jeder Stunde wächst, gebietet. Die Befriedung des ernststen Willens dazu nicht nur, sondern die entschlossene befreiende Tat würde sicherlich auch in der Arbeiterschaft geübende Anerkennung finden. Wenn Unternehmer sowohl wie Regierung sich so einstellen, dann wird die Arbeiterschaft die von ihr verlangten Opfer bereitwilligst tragen.

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die Arbeiterschaft stark genug ist, den Lockungen der Nationalisten und Faschisten erfolgreich zu widerstehen und dieser Gesellschaft, die anscheinend die vier Jahre Krieg mit allen Greueln und Schrecken schon gänzlich vergessen hat, aber doch so tut, als wenn das der Fall wäre, die Stange zu halten. Leider ist die Luft kurzezeit stark kriegsichwanger. Allüberall speichert sich neuer Kriegsstoff auf. Die Arbeiterschaft hat ihre Augen offen zuhalten. Ihre Losung: Nie wieder Krieg! Soll sie so laut in die Welt hinausrufen, daß dieser Ruf allen denen in die Ohren gellt, die heute nach einem vor ein paar Jahren erst beendeten Krieg, der über die ganze Menschheit so namenloses Elend gebracht, schon wieder von einem neuen Krieg zu reden oder gar für ihn Stimmung zu machen wagen. Nie wieder Krieg!

Ueber die Lage im besetzten Gebiet erhalten wir noch nachstehenden Bericht:

Unter dem Vorwand der „absichtlichen Verfehlungen“ durch das Deutsche Reich haben die Leute um Poincaré, geleitet durch ihren übertriebenen Chauvinismus und Dünne der französischen Kapitalisten, ein wehr- und hilfloses Volk überfallen. Die Absicht, die Ruhrrohle und insbesondere den Zechenbau in größerem Umfange der französischen Gültens- und Montanindustrie zur Verfügung zu stellen, also die Erweiterung der wirtschaftlichen Machtstellung Frankreichs soll damit erreicht werden. Auch sonstige politische Gründe, wie die Zerstückelung des Deutschen Reiches durch die Los-trennung des Rhein-, Ruhr- und Waingebietes vom Reich, Bildung eines Pufferstaates und sonstiges mögen die Triebfeder jener Strategen sein. Mit welcher kriegerischen Aus-rüstung, zum Beispiel Tanks, Panzerautomobile, schwerer Artillerie usw. dieser Aufmarsch vor sich ging, kann hier unerörtert bleiben, da uns insbesondere die dadurch entstehenden Folgen für das Wirtschaftsleben, besonders für das Bau-gewerbe, interessieren.

Bekannt ist, daß durch die militärischen Ein- und Ueber-griffe, teilweise auch Brutalitäten auf den Bahnen, Bahn-anlagen, Post- und Telegraphenämtern, Banken usw. das Wirtschaftsleben vollständig ins Stoden geraten ist. Die Besetzung der Reichsbankstellen zeitigte gleich, daß in vielen Fällen die Gelder zu den Lohnzahlungen nicht flüssig gemacht werden konnten. Durch die Stilllegung der bedeutendsten Vahnhauptstellen ist der reguläre Verkehr, aber auch der Güter-austausch unterbrochen. Große industrielle Werke haben wegen Mangels an Kohlen, Unterbindung der Zufuhr von Rohstoffen ihre Betriebe einstellen und ihre Arbeiter ent-lassen müssen. Gas- und sonstige Kraftwerke sind gezwungen, Sperrstunden einzuführen, und auch im Baugewerbe wird bereits von vielen Firmen Klage geführt, daß Stilllegungen von Bauwerken erfolgen müßten, da Zement, Kalk und son-stige Baustoffe, insbesondere aber Holz nicht mehr heran-zuschaffen waren. Die Arbeitslosigkeit hat schon einen erheb-lichen Umfang angenommen. In welchem Maße unser Ver-ruf davon betroffen ist, läßt sich ziffernmäßig noch nicht an-geben, da meistens zunächst die jüngeren Kräfte entlassen wurden, die zum größten Teil das Belagerungsgebiet ver-ließen und nun arbeitslos auf den Landstraßen herum-wandern. Es muß deshalb mit aller Deutlichkeit allen Re-gierungsstellen gesagt werden, daß es keineswegs genügt, wenn die aus Anlaß der Besetzung arbeitslos werdenden Reichs- und Staatsbeamten, Angestellten und Arbeiter ihr bisheriges Gehalt oder den Lohn weiter erhalten, sondern allen Opfern muß in gleichem Maße geholfen werden. Die Ab-

Kasere Lohnbewegungen.

Erfolgreicher Streik in Bielefeld. Ein sechsbögiger Teilstreik hatte folgendes Ergebnis: Bisheriger Lohn 464 M, Lohn vom 27. Januar bis 13. Februar 890 M, außerdem 15 M Werkzeuggeld. Für das ganze östliche Westfalen und den Freistaat Lippe wurde Nachzahlung vom 27. Januar an erzielt. Verhandlungen finden jetzt alle 14 Tage statt; die Unternehmer wollen monatliche Verhandlungen. — Die Nachfrage nach Arbeitskräften in Bielefeld wird aus der Umgegend gedeckt, die über Arbeitslosigkeit zu klagen hat.

Lohnregelung für Ostpreußen. In bezüglichen Verhandlungen wurde der Lohn für die Provinz für die Zeit vom 1. bis 15. Februar auf 673 M, vom 16. bis 28. Februar auf 792 M und für Königsberg auf 765 und 900 M die Stunde festgesetzt. Die Geschirrgeldentschädigung ist auf 10 M die Stunde erhöht worden.

Lohnregelung für Oberschlesien. Für das polnische Oberschlesien (Katowitz und Königshütte) ist vom 1. Februar an ein Stundenlohn von 2160 M zu zahlen, für Gleiwitz 1130 M. Für Rosenbergr, Konstadt, Kreuzburg und Danbor tritt vom 17. Februar an ein Stundenlohn von 800 M in Kraft. Vom 8. Februar an gilt in Leobschütz ein Lohn von 600, Cöfel 770, Krappitz 724, Groß-Strehlitz 945 und Oppeln von 1000 M die Stunde.

Lohnregelung für das Ostpreußen Gebiet. Die Epilohnne betragen für die ersten beiden Lohnwochen im Februar im Wirtschaftsgebiet Allenburg 800, Gera 850 und Neustadt an der Orla 840 M die Stunde.

Regelung der Polierlöhne im Freistaat Sachsen. Die Polierlöhne im Freistaat Sachsen sind vom 1. Februar an neu geregelt worden. Für das Gebiet Groß-Dresden betragen sie pro Woche 49 183 M, für die Großstadtegebiete Weitzsachsens gleichfalls 49 183 M und für alle übrigen Orte Ost- und Weitzsachsens 48 263 M.

Schiedspruch für Thüringen. Am 8. Februar hat das Bezirkslohnamt entschieden, daß vom 30. Januar an auf die Dauer von 2 Wochen ein Epilohn von 880 M zu zahlen ist. In den einzelnen Lohnklassen beträgt der Lohn während dieser Zeit 880, 858, 836 und 809,60 M die Stunde.

Schiedspruch für Württemberg. Ein am 25. Januar gefällter Schiedspruch ist durch nochmalige Verhandlung und einen am 8. Februar gefällten Schiedspruch abgeändert worden. Die Löhne betragen vom 7. Februar an 1000, 970, 930 und 880 M; sie steigen am 13. Februar auf 1100, 1070, 1020 und 960 M die Stunde. Die Abmachungen haben Gültigkeit bis 20. Februar.

Schiedspruch für Groß-Berlin. Das Bezirkslohnamt hat entschieden, daß für die Zeit vom 1. bis 14. Februar ein Stundenlohn von 850 M zu zahlen ist. Die Werkzeugentschädigung beträgt 10 M die Stunde.

Schiedspruch für Mecklenburg. Der Bezirkslohnamt fällt am 7. Februar einen Schiedspruch, nach dem der Stundenlohn in den beiden Lohnklassen vom 9. Februar an auf 782 und 766 M zu erhöhen ist. Wenn bis 23. Februar eine weitere Steigerung der Lebenshaltungskosten um 30 % eintritt, muß erneut verhandelt werden.

Schiedspruch für die Provinz Esthlien. Das Bezirkslohnamt entschied, daß für die erste Hälfte des Monats Februar der Stundenlohn um 61,6 % zu erhöhen ist. Die Löhne steigen dadurch auf 636 bis 680 M. Das Geschirrgeld wurde auf 10 M die Stunde festgesetzt. Für die zweite Hälfte des Monats werden die Löhne nach den Breslauer Indeziffern festgesetzt.

Schiedspruch für Bayern. Das preussische Bezirkslohnamt fällt folgenden Schiedspruch: Mit Wirkung vom 7. Februar an werden die Stundenlöhne der Arbeiter wie folgt festgesetzt: I. Klasse 1 870 M, II. Klasse 1 814 M, III. Klasse 774 M, IV. Klasse 712 M, V. Klasse 653 M. Die Aufwandsentschädigung für Ueberlandarbeiten wird um 50 % und die Werkzeugzulage um 100 % erhöht.

Schiedspruch für Braunschweig. Am 6. Februar wurde durch Schiedspruch der Lohn in den verschiedenen Lohnklassen für die Zeit vom 1. bis 14. Februar auf 900, 894, 888, 882, 876 und vom 15. bis 28. Februar auf 1000, 994, 988, 982 und 976 M die Stunde festgelegt. Für die Zukunft soll halbmonatlich verhandelt werden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bamberg. Am 7. Januar fand unsere ordentliche Generalversammlung statt. Anwesend waren 60 Kameraden. Zunächst wurde die Entschädigung für die Vorstandschäft geregelt. Im Jahresbericht schilderte der Vorsitzende die Ereignisse im vergangenen Jahre und zeigte die Schwierigkeiten, die die Verwaltung zu überwinden hatte. Es folgte der Kassenbericht. Die Abrechnung wurde genehmigt. Hierauf gab Kamerad Bromm einen kurzen Bericht, der von den Kameraden mit Aufmerksamkeit angehört wurde. Die alte Vorstandschäft wurde einstimmig wiedergewählt. Dann wurden einige Zahlstellenangelegenheiten erledigt und festgestellt, daß der Versammlungsbefuch sich gebessert habe. Der Vorsitzende forderte alle Kameraden auf, auch in der kommenden Zeit ihre Pflicht zu tun.

Berlin und Umgegend. Hier haben einige Firmen in rücksichtsloser Weise ihre Betriebe stillgelegt und dadurch die Arbeitslosigkeit erheblich vergrößert. Ueber 530 Zimmerer sind zurzeit ohne Beschäftigung. Trotzdem reisen noch täglich Zimmerer zu, von denen ein Teil versucht, unter Umgehung des Arbeitsnachweises in Arbeit zu kommen. Das ist unsittlich; denn Umschauen ist hier verboten. Arbeitsvermittlung erfolgt nur durch den Arbeitsnachweis, Gormannstr. 13, Abteilung für Zimmerer. Vorher ist jedoch Meldung im Zahlstellenbureau, Engel-

ufer 24/25, notwendig. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen müssen wir allen Kameraden abraten, nach Berlin zu reisen.

Güstrow. Unsere Generalversammlung am 7. Januar war gut besucht. Der Kassierer erstattete den Jahresbericht. Der alte Vorstand wurde wieder, nur die Schriftführer und Revisoren neugewählt. Hierauf fand die Wahl der Parteidelegierten statt. Sodann wurden die Entschädigungen festgesetzt. Unter „Verschiedenes“ wurde den Kameraden ans Herz gelegt, fest am Nachmittagsabend zu halten und ihn nicht zu überschreiten. Die Versammlung rügte scharf das Verhalten einiger Kameraden, die Ueberstunden leisten. Es wurde beschlossen, daß dieselben sofort damit aufzuhören und den Nachmittagsabend zuzuhalten haben. Ferner wurde bekanntgegeben, daß das Werkzeuggeld steuerfrei ist und Abzüge nicht gemacht werden dürfen. — Jahresbericht. Im vergangenen Jahre fanden statt: 12 Monats- und 12 außerordentliche Versammlungen sowie 24 Vorstandssitzungen. Der Verbandstag und die Gesamtkonferenzen wurden von der Zahlstelle bestritten. Die Arbeitslosigkeit war am Anfang des Jahres nicht so; erst im Frühjahr wurde sie besser, so daß eine große Nachfrage nach Zimmerern war. Wegen der Winterfröste wurde sie wieder ab; dadurch wurden einige Kameraden arbeitslos. Der großen Teuerung wegen wurden die Löhne zunächst monatlich und später wöchentlich geregelt. Am Anfang des Jahres betrug der Lohn 9 M pro Stunde und 10 M Werkzeuggeld, am Jahresende 345 M und 1 1/2 % des Stundenlohnes Werkzeuggeld. Deutlich wäre es im Laufe des Jahres bald zum Kampfe gekommen; denn die Unternehmer weigerten sich, die Schiedsprüche anzunehmen. Durch das energische Verhalten der Kameraden ist es stets gelungen, den Schiedsprüchen Geltung zu verschaffen. Durch den Reichstagsvertrag sind wir in den Genuß von 3 Tagen Ferien gekommen. Das ist ein guter Erfolg für das Baugewerbe. Manches Mal ließ der Versammlungsbefuch zu wünschen übrig; hoffen wir, daß es damit in diesem Jahre besser wird. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresanfang 104. Durch rege Partitipation erzielten wir gute Erfolge. Am 16. Juli trat die „Freie Vereinigung“ geschlossen, 28 Mann stark, zum Verbands über. Im Laufe des Jahres erreichte die Mitgliederzahl mit 198 ihren höchsten Stand. Durch Abreise und Abmeldungen ging sie am Jahreschluss auf 176 zurück, davon sind 38 Lehrlinge. Auch ist es uns gelungen, eine Jugendgruppe zu bilden. Zum Leiter wurde Kamerad Reich gewählt. Durch den Reichstagsvertrag ist es ferner möglich geworden, für die Lehrlinge bessere Löhne zu schaffen. Die Unternehmer sind von dieser Regelung natürlich nicht erfreut, aber wir beharren auf dieser Abmachung.

Eisenach. In unserer Generalversammlung am 12. Januar sprach Kamerad Mödel über: „Der Tarifvertrag und seine Bedeutung“. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Anschließend wurde die Abrechnung vom vierten Quartal bekanntgegeben und der Kassierer einstimmig entlastet. Hierauf wurden die Entschädigungen festgesetzt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt. In „Verbandsangelegenheiten“ wurde beschlossen, daß jeder Kamerad, der infolge Krankheit ausgereizt ist, 3000 M aus der Lokalkasse, und zwar jährlich einmal, erhält. Voraussetzung ist aber, daß der Betreffende mindestens 2 Jahre der Zahlstelle Eisenach angehört. Weiter wurde das Darlehen der Eisenacher Bauhütte von 15 000 auf 30 000 M erhöht. Sodann wurden noch interne Angelegenheiten erledigt.

Wadebusch. Unsere Generalversammlung tagte am 7. Januar. Der Bericht des Kassierers über den Stand der Kasse im letzten Quartal wurde genehmigt. Ueber-schüssige Gelder sollen im Konsumverzin angelegt werden. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Hierauf wurden Zahlhabende festgelegt; sie finden jeden Sonnabend, von 8 bis 9 Uhr abends, im Gewerkschaftshaus statt. Unter „Verschiedenes“ gab es eine rege Aussprache über die Erwerbslosenunterstützung. Es wurde kritisiert, daß die Erwerbslosenunterstützung im Verhältnis zum jeweiligen Beitrag viel zu gering sei. Wenn die Löhne noch höher ständen, seien die Kameraden nicht mehr imstande, von der Erwerbslosenunterstützung den Erwerbslosenbeitrag zu leisten. Im weiteren wurde über die letzten Lohnverhandlungen berichtet. Nach Erledigung einiger Anfragen erreichte die von 22 Kameraden besuchte Versammlung ihr Ende.

Witz. Unsere Generalversammlung am 7. Januar war sehr gut besucht. Zunächst fand eine rege Aussprache über die Erwerbslosenbeiträge statt. Hierauf wurden die Gefahren besprochen, die für den Nachmittagsabend bestehen. Die Versammelten waren sich darüber einig, mit aller Macht gegen solche Bestrebungen anzukämpfen, um den Nachmittagsabend auch im Interesse der Jugend zu erhalten. Hierauf wurde beschlossen, eine Polier- und eine Lehrlingssektion zu gründen, um ein besseres Zusammenarbeiten zu ermöglichen. Sodann gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach ausgereizte und nichtbezugsberechtigzte Kameraden die Erwerbslosenmarke aus der Lokalkasse erhalten. Der Beschluß gilt für das laufende Kalenderjahr. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Hiernach wurden die Vergütungen für den Vorstand festgesetzt. Die Lehrlingsbeiträge wurden in der Weise geregelt, daß als Norm der Stundenlohn gilt, der 4 Wochen zurückliegt.

Serford. Unsere Generalversammlung am 14. Januar war leider schwach besucht. Zunächst erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Alle Posten konnten besetzt werden. Anschließend wurde über die Regelung der Versammlungen beraten. Die Einberufung wurde dem Vorstande übertragen. Sie finden voraussichtlich in der Turnhalle, Wilhelmplatz, statt. Hierauf wurde ein Vertreter in das Jugendparlament gewählt. In „Verschiedenes“ wurde beschlossen, bei Esterbeßlen von Mitgliedern und deren Frauen 2000 M aus der Lokalkasse zu gewähren.

Lützen. Am 14. Januar tagte im Lokal „Zum Linden-baum“ unsere Generalversammlung. Kamerad Nikolai, Mastenburg, sprach über: „Das Sächsisch-Preussische Unternehmern und unsere Aufgaben“. Er führte aus, daß die Unternehmer uns den Nachmittagsabend rauben und die zehnstündige Arbeitszeit wieder einführen wollen. Das sei

eine Verschlechterung für unser Gewerbe, wodurch die Arbeitslosigkeit vergrößert werde. Darum müsse unsere Parole sein: „Dahet fest am Nachmittagsabend!“ Dann folgte die Neuwahl des Vorstandes. Unserm alten Kassierer, dem Kameraden Thomas, der seinen Posten seit 1913 treu und ehrlich geführt hat, wurde der Dank ausgesprochen. Das Fehlen verschiedener Kameraden in den Versammlungen, wurde scharf mißbilligt; jeder muß seine Pflicht gegen die Organisation erfüllen.

Murnau i. Oberbay. Am 16. Juli 1922 fanden sich eine Anzahl Zimmerer Murnaus in der „Weißbierbrauerei“ zusammen, um eine Zahlstelle zu gründen. Ihre Zahl war nicht groß; denn die meisten Zimmerer waren unserer Organisation feindlich gesinnt; dennoch wurde zur Gründung geschritten. Der rastlosen Arbeit unserer Kameraden Wiedmann, Speter und Cetzl haben wir es zu verdanken, daß wir bei der Jahresversammlung im „Weißbräu“ am 7. Januar 28 Mitglieder zu verzeichnen hatten. Der Vorsitzende begrüßte die Erschienenen, und nachdem Protokoll und Kasse für richtig befunden wurden, richtete er ernste Worte an die Versammlung. Er ermahnte alle Anwesenden, durch Einigkeit und festes Zusammenarbeiten unsere Organisation weiter auszubauen. Einstimmig wurde gegen die Bestrebungen auf Beseitigung des Nachmittagsabends protestiert; denn nicht die Arbeiterlöhne verteuerten die Waren, sondern die hohen Gewinne der Unternehmer. Hierauf schloß der Vorsitzende die in schönster Harmonie verlaufene Versammlung.

Neisse. Unsere Generalversammlung im Gewerkschaftshaus am 15. Januar war von 50 Mitgliefern besucht. Die Abrechnung vom 1. Quartal wurde genehmigt. Kamerad Schmidt, Breslau, sprach über: „Verbandsangelegenheiten“. Er legte die Pflichten der Kameraden klar und wies auch auf die Gefahren hin, die dem Nachmittagsabend drohen. Auch über die vom Lohnamt geregelten Ueberlandzulagen gab er Aufschluß. Hierauf wurden die Bezüge für den Vorstand geregelt und seine Neuwahl vollzogen. Ferner wurden die Beiträge neu geregelt und auf 22 M von der fünften Woche an festgesetzt. Auch die Lehrlingsbeiträge wurden wesentlich erhöht. Unter „Verschiedenes“ wurde eine Strafe von 100 M für Fehlen ohne Grund in Versammlungen festgesetzt. Zureisende Kameraden haben sich, ehe sie nach Arbeit umschauen, beim Vorsitzenden zu melden.

Rafmitzen. Am 12. Januar tagte im Lokale von Epitz unsere Generalversammlung. Der Vorsitzende warf einen kurzen Rückblick auf das verfloßene Geschäftsjahr. Versammlungen wurden 13 abgehalten, teilweise waren sie gut, manche aber auch schlecht besucht. Unsere Zahlstelle besteht erst ein Jahr. Die Mitgliederzahl betrug bei der Gründung 26, einschließlich zweier Lehrlinge; sie schwankte im Laufe des Jahres zwischen 26 und 32. Wir können aber feststellen, daß wir trotzdem einen Fortschritt erzielt haben; denn im Zahlstellengebiet ist kein Zimmerer oder Lehrling unorganisiert. Bei der Vorstandswahl wurden der Vorsitzende, dessen Stellvertreter und der Kassierer wieder, die übrigen Vorstandsmitglieder neugewählt. Der Vorsitzende gab die regelmäßigen Mitgliederversammlungen bekannt und erinnerte daran, daß es Pflicht eines jeden Mitgliedes sei, in den Versammlungen zu erscheinen.

Reuleberg. Am 7. Januar fand unsere Hauptversammlung statt. Der Vorsitzende, Kamerad Klein, tadelte eingangs den schwachen Besuch und erstattete hierauf einen kurzen Bericht über das verfloßene Jahr. Weiter wurden noch Zahlstellenangelegenheiten erledigt. Auf den Zimmerplätzen war eine Reibung zwischen den Maschinen- und Plazarbeitern entstanden, weil der Lohnunterschied zwischen beiden Gruppen zu groß ist. Der Vorsitzende wandte sich an den Gauleiter mit der Bitte, den Unterschied in den nächsten Verhandlungen auszugleichen. Die Antwort des Gauleiters wurde zur Kenntnis genommen; sie befriedigte die Versammlung jedoch in keiner Weise. Kamerad Freier erstattete den Kassenbericht. Danach folgten die Vorstandswahlen. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde der Beitrag für Plazarbeiter geregelt. Auf Anregung des Zentralkomitees sollen in einer Zahlstelle möglichst gleiche Marken geklebt werden. Infolge des Lohnunterchiedes ist das für Plazarbeiter unmöglich. Die Versammlungen finden weiterhin jeden ersten Sonntag im Monat im Gewerkschaftsbureau, Feldstraße 1, statt.

Mastenburg. In der außerordentlichen Mitglieder-versammlung am 7. Januar erstattete Kamerad Nikolai Bericht über die Lohnausgleichsverhandlungen in Königsberg am 29. November 1922. Sie mußten abgebrochen werden, weil die beiden Vorsitzenden der Unternehmer nicht zugewogen waren. Die Mitglieder der Verhandlungskommission aus der Provinz traten nochmals zu einer wichtigen Besprechung zusammen, wegen Verkleinerung der Verhandlungskommission, um die finanziellen Aufwendungen zu verringern. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob künftig zwei oder drei Vertreter aus der Provinz an den Verhandlungen teilnehmen sollten. Nach eingehender Beratung entschied man sich für das erstere. In der Aussprache erklärte sich die Versammlung mit dem Beschluß einverstanden, nur wurde gewünscht, daß bei der Wahl die Vertreter altbewährter Zahlstellen berücksichtigt werden sollen. Der Kassierer gab hierauf den Kassenbericht; er wurde von der Versammlung genehmigt. Im weiteren wurde zur Sprache gebracht, daß die Kaufleute Konjunct ihren Lehrlingen den Tariflohn nicht zahlen. Der Vorsitzende wurde aufgefordert, hiergegen Einspruch zu erheben.

Schönebeck. Am 5. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende rügte den schlechten Versammlungsbefuch. Hierauf gab Kamerad Schmidt einen ausführlichen Bericht von der Lohnverhandlung in Halle am 3. Januar. Sodann erfolgte die Neuwahl des Vorstandes, der Revisoren und der Kolporteurs. Der erste Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer wurden einstimmig wiedergewählt, die übrigen Posten neubesetzt. Als Delegierter zu der am 24. Februar stattfindenden Bauarbeiterkongress in Cöthen wurde Kamerad Schmidt gewählt. Als Beisitzer zur Schlichtungskommission wurden die beiden jetzigen Mitglieder wiedergewählt. Als Entschädigung für jede Sitzung wurde ein Stundenlohn festgesetzt. Dem Beitrag zum Ortsartikel, der auf 8 M pro Mitglied erhöht ist, wurde zugestimmt.

Sollau i. Gann. Am 14. Januar tagte in der Gastwirtschaft von Meyer unsere Generalversammlung. Zu Anfang wurde die Bestandswahl vollzogen. Bis auf den zweiten Kassierer wurden sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Dann erfolgte die Wahl der Kartelldelegierten. Weiter wurden die Entschädigungen für die Funktionäre festgesetzt. Den Bericht über die Lohnverhandlungen erstattete Kamerad Feustel. Danach beträgt der Lohn für Sollau vom 5. Januar an 400 M und vom 19. Januar an 419 M. Der Lohn ist bereits gestaffelt eingeführt, wie es der neue Bezirksarbeitsvertrag vorsieht, jedoch ist über die anderen Vorteile, die der Bezirksarbeitsvertrag bringen soll, noch keine Einigung erzielt. In „Verschiedenes“ beantragte Kamerad Peiß, in Sterbefällen von Mitgliedern oder deren Angehörigen viel Mittel zu sammeln oder durch andere Beiträge aufzubringen, daß der Satz bezahlt werden kann. Der Antrag fand allgemeine Zustimmung und wurde im Prinzip angenommen. Kamerad Feustel erklärte sich bereit, die Sache weiter zu bearbeiten und in der nächsten Versammlung zu berichten. Der Vorsitzende ermahnte die Kameraden, in der kommenden Zeit an unserer Organisation regen mitzuarbeiten.

Wiederbinnen. Am 7. Januar fand im Verbandslokal von Tornu unsere Mitgliederversammlung statt. Die Mitglieder waren fast vollständig erschienen. Der Vorsitzende verlas den Jahresabschlussbericht. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Mitgliederzahl hat sich im vergangenen Jahre wegen Arbeitsmangels verringert, sie ist von 35 im Januar auf 26 am Jahresabschluss zurückgegangen. Der Vorsitzende und der Kassierer wurden wieder, die Revisoren und Schriftführer neugewählt. Anschließend wurde die Entschädigung für die Funktionäre festgelegt. Beschlössen wurde ferner, daß die Versammlungen künftig nicht mehr monatlich, sondern alle 3 Monate stattfinden. Die Kolportagemarken wurden auf das Doppelte erhöht. Mit einer Mahnung, in der schweren Zeit dem Verbands treu zu bleiben, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Wittungen. Die Generalversammlung am 14. Januar war ziemlich gut besucht. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht und gab im Anschluß das Ergebnis der letzten Lohnverhandlung bekannt. Es wurde beschlossen, wegen ungenügender Benachrichtigung über die Ergebnisse der Lohnverhandlungen an die Gauleitung einen Protest zu senden. Hierauf gab der Kassierer die Abrechnung bekannt, ihm wurde Entlastung erteilt. Die Neuwahlen erledigten sich, da die alte Vorstandschaft sich bereit erklärte, ihr Amt weiterzuführen. Ferner wurde beschlossen, bei Eintritt ein erhöhtes Eintrittsgeld zu erheben. Dem Kartelldelegierten wurde eine kleine Entschädigung gewährt. Unter „Verschiedenes“ wurde mitgeteilt, daß auf der Baustelle Kraftwerk Wöhrenbach-Linach der Vertreter der christlichen Bauarbeiter unter den Kameraden sein Anwesen tun sollte. Deshalb müsse dieser Baustelle die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Zum Schluß wurde noch eine Sammlung für einen erkrankten Kameraden veranstaltet. Das Ergebnis war 3200 M, hinzu kommen weitere 4300 M von den Kameraden der Baustelle Kraftwerk Wöhrenbach-Linach.

Wiederbinnen. Am 8. Januar tagte im Lokale „Wirtelbach“ eine Zimmererverversammlung. Leider war nur die Hälfte der Kameraden erschienen. Kamerad Detjen, Saarbrücken, warf einen Rückblick auf das verfllossene Jahr. Er hob die Wichtigkeit unserer Organisation für die Zimmerer hervor und ermahnte alle Kameraden, auch fernerhin ihre Pflicht zu tun und die noch fernstehenden dem Verbands zuzuführen. Sodann wurde die Vorstandswahl erledigt. Sämtliche Kameraden wurden einstimmig gewählt. Der Kassierer gab einige Mitglieder bekannt, die in Frankreich arbeiten und Franken verdienen, aber ihre Pflichten als Verbandsmitglieder auf das größtmögliche vernachlässigen, indem sie mit ihren Beiträgen über 20 Wochen im Rückstand sind. Es soll versucht werden, sie zu veranlassen, ihren Pflichten nachzukommen.

Saugwerblidros.

Witz der Banarbeitler. Am 3. Februar führte der Zimmerer Koroll, Vorsitzender der Zahlstelle Cypeln, beim Auswechsell von Balken im Schenker vor Oesterreich ab. Er überließ sich, fiel mit dem Müdgert auf die Welle einer Transmiffion und blieb beunruhigt liegen. Sein Zustand ist besorgniserregend.

Den Zusammenbruch der Wohnungsbaustätigkeit behandelt die neueste Nummer der „Sozialen Bauwirtschaft“. In einem Artikel: „Rettet den Wohnungsbau“ und in mehreren anderen Artikeln weist sie auf die ungeheuren Gefahren hin, die der deutschen Volkswirtschaft und besonders den deutschen Mietern aus dem Zusammenbruch der Wohnungsbaustätigkeit drohen. Sie zeigt die notwendigen Maßnahmen zur Verbilligung des Bauens und erinnert die Regierung, den Reichstag und die Parteien an die gewaltige Verantwortung, die sie mit einer weiteren Hinauszögerung entscheidender Maßnahmen gegenüber den wohnungslosen Mietern und Siedlern, aber auch gegenüber der Arbeiterschaft und der ganzen deutschen Volkswirtschaft übernehmen. Schon heute sind massenhaft Bauarbeiter arbeitslos, weil der Baustoffwucher die Baukosten auf eine wahnsinnige Höhe treibt und weil keine Mittel zur Fortführung des gemeinsamen Kleinwohnungsbaus mehr vorhanden sind. Während die Lohnausgaben für eine Wohnung von 70 qm Wohnfläche vom Juli 1914 bis zum 1. Januar 1923 um das 64fache stiegen, kletterten in der gleichen Zeit die Baustoffpreise um das 206fache in die Höhe. Kein Wunder, daß die Wohnungsbaustätigkeit allmählich zum Stillliegen kommt, die Zahl der Wohnungslosen immer mehr anschwillt und die Kleingärtner, Siedler und Bodenreformer dergestalt auf die Weiterführung des Heimstättenbaues und der Siedlungsarbeiten warten. Es ist höchste Zeit, daß hier praktische Maßnahmen ergriffen werden. Sonst ist eine Katastrophe auf dem Bau- und Wohnungsmarkt unausbleiblich.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs mit deutscher Hilfe. für den bereits mancherlei Vorbereitungen getroffen waren — bekanntlich war auch der Verband sozialer Baubetriebe daran beteiligt — darf nach den neuesten vertrags- und rechtswidrigen Aktionen Frankreichs und Belgiens, für absehbare Zeit wenigstens, als erledigt angesehen werden. Diese Auffassung ist anscheinend auch in Frankreich vorhanden; denn die französische Regierung hat, wie kürzlich die „Frankf. Ztg.“ mitteilte, seit längerer Zeit Polen um die Entsendung von Maurern und Zimmerleuten für den Wiederaufbau erlucht. Polen soll abgelehnt haben unter der Begründung, daß es im Frühjahr selbst vergrößerte Bautätigkeit erwarte; es hat sich indes bereit erklärt, 2000 Maurer nach Frankreich zu entsenden, wenn dieses auf seinem Wunsch bestehe.

Die Bauschule Rastede i. O. hat sich zur Aufgabe gemacht, Bauhandwerkern Gelegenheit zu geben, sich die für die Praxis unentbehrlichen theoretischen Kenntnisse in kurzgefaßten, jedoch in sich abgeschlossenen Lehrgängen anzueignen. Hauptsächlich wird die kleinstädtische und ländliche Bauweise behandelt und alle hierbei erforderlichen Berechnungen und Konstruktionen eingehend durchgenommen. Der Unterricht ist auf zwei Semester verteilt, jedoch so, daß jedes Semester einen für sich abgeschlossenen Lehrgang bildet. Der Leiter der Schule, Direktor C. Rohde, hat auch einige Bücher zum Selbstunterricht herausgegeben, so unter anderem ein Handbuch für die Baupraxis, einen Musterlohnvergleich für ein ländliches Gebäude sowie die Meisterprüfung im Baugewerbe. Nähere Auskunft, auch über den Preis der Bücher, erteilt der Schulleiter C. Rohde, Rastede i. O.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Zur Neuwahl der Betriebsräte und Betriebsoblenste fordert ein Aufruf der Betriebsrätezentrale des IGB auf. Bekanntlich sind nach den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes die Wahlen alljährlich vorzunehmen. Das Baugewerbe, soweit es dem Reichsarbeitsvertrag untersteht, bleibt von den Wahlen unberührt, da das Reichsarbeitsministerium einem Antrage der Arbeitgeberorganisationen auf Ausdehnung der Wahl bis zur Erledigung der Allgemeinverbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsvertrages stattgegeben hat.

Gedenblätter und Glückwunschkarten zur 3. Adventwehe. Der Ausschuss zur Vorbereitung der Adventwehe in Leipzig hat auch in diesem Jahr wieder Gedenblätter herstellen lassen, die den die Schule verlassenden Kindern zur Feier überreicht werden sollen. Die Blätter haben eine Größe von 24 x 34 Zentimeter und sind in mehrfarbigem Druck ausgeführt. Der Preis stellt sich auf 100 bis 120 M für das Stück. Die Glückwunschkarten zur Adventwehe erfüllen ebenfalls ein längst gefühltes Bedürfnis. Der Preis der Karte beträgt 60 bis 70 M. Diese Karten können als Drucksache versendet werden. Bestellungen sind an das Allgemeine Arbeiterbildungsinstitut Leipzig, Braustraße 17, zu richten.

Leipziger Volkshaus. Im wiederverbauten Leipziger Volkshaus (das während der Kapplage von der Reaktion niedergebrannt wurde) befindet sich auch ein neuzeitlich eingerichtetes Hotel mit 35 Betten. Die Preise sind mäßig, und die Verpflegung rechtfertigt ihren guten Ruf. Das Volkshaus ist vom Hauptbahnhof mit der Straßenbahn (Linie 16, Richtung Gommern) in wenigen Minuten zu erreichen. Wir bitten alle Genossen und Freunde der Arbeiterschaft um freundliche Beachtung dieser Einrichtungen. Zimmerbestellungen und Anfragen sind zu richten an das Volkshaus, Leipzig, Zeitzer Straße 32, Telefon 3170.

Literarisches.

Eingegangene Schriften.

Die schwierigen Finanz- und Wirtschaftsprobleme der Gegenwart zu bereiten, ermöglicht das Studium der Schriften von Dr. H. Kuczynski. Deshalb hat die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68 das alleinige Verlagsrecht der nachfolgenden Schriften von Dr. H. Kuczynski erworben: 1. Schulden, Steuern und Valuta. Preis: Grundzahl 10 M. 2. Das Existenzminimum. Preis: Grundzahl 60 M. 3. Verbraucherräte und Valuta. Preis: Grundzahl 60 M. 4. Wiedergutmachung und deutsche Wirtschaft. Preis: Grundzahl 50 M. 5. Vor der Revolution. Preis: Grundzahl 50 M. 6. Ein Ausweg. Preis: Grundzahl 25 M.

„Die Neue Zeit.“ Halbmonatsschrift der Deutschen Sozialdemokratie. Verlag: J. G. W. Diez Nachfolger. Bezugspreis vierteljährlich 720 M. Einzelheft 120 M. Hierzu der ordentliche Zuschlag.

„Der wahre Jakob.“ Verlag: J. G. W. Diez Nachfolger, G. m. b. H., Stuttgart. Preis 50 M. Hierzu der ordentliche Zuschlag.

„Die Glocke.“ Herausgegeben von Parvus. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68. Preis des Heftes 80 M.

Das Volklied für Heim und Wandern. Volkshiederbuch von Hermann Böse, 2. verbesserte Auflage, 320 Seiten. Grundpreis kartoniert 2 M., gebunden in Halbleinen 3 M. (mal Teuerungszahl des Verlags: Mitte Januar 400). Herausgegeben und zu beziehen vom Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Die deutsche Fortbildungsschule. Herausgegeben vom Deutschen Verein für Fach- und Fortbildungsschulwesen. Erscheint am 1. und 15. jedes Monats. Hermann-Ölger-Verlag, Berlin W 9 und Leipzig. Preis vierteljährlich 860 M.

Die Grundzüge des Schlichtungswesens. Von Regierungsrat Dr. Georg Flotow. Verlag: J. G. W. Diez Nachf., Berlin-Stuttgart. Grundzahl 60 M.

Die Hungersnot in der Ukraine. Veröffentlicht vom Zentralkomitee der Ukrainischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Verlag: J. G. W. Diez Nachf., Berlin-Stuttgart. Grundzahl 60 M.

Gemeindepolitik. Zentralorgan der USPD für die gesamte kommunale Wirtschaft- und Verwaltungswissenschaft und -Praxis. Erscheint monatlich. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis der Januar Nummer 60 M.

Arbeiterjugend und Republik. Von Erich Ollenhauer. Broschüre 24 Seiten. Grundpreis 20 M mal Teuerungszahl des Verlags (Mitte Januar 400). Herausgegeben und zu beziehen vom Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Die Schule der arbeitenden Jugend. Von Johannes Schult. Brochüre, 64 Seiten. Grundpreis 60 M mal Teuerungszahl des Verlags (Mitte Januar 400). Herausgegeben und zu beziehen vom Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung. Tatsachen über die sozialpolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung des Achtundstundentages in Deutschland und dem Ausland, von Paul Berg und Richard Seidel. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin. 1923. 168 Seiten. Preis 1600 M.

Gewerkschaften und Politik in Sowjetrußland. — **Der Arbeiter in Sowjetrußland.** Von Th. Dan. Diese beiden Schriften, die im Verlag von J. G. W. Diez Nachf., Berlin-Stuttgart, erschienen sind, werden durch die Verlagsgesellschaft des IGB den Gewerkschaften zu einem Vorzugspreis zugänglich gemacht. Der Ladenpreis ist 450 bzw. 405 M. Der Vorzugspreis stellt sich auf 260 M für die erste, auf 225 M für die zweite Schrift.

Versammlungsanzeiger.

Montag, den 19. Februar:
Potsdam: Abends 7 1/2 Uhr bei Praß, Kaiser Wilhelm-Strasse 38.

Dienstag, den 20. Februar:
Langensalza: Nachm. 5 Uhr im „Unteren Felsenkeller“.

Mittwoch, den 21. Februar:
Oschersleben: Abends 7 1/2 Uhr bei Montag, Sachstr. 1.

Donnerstag, den 22. Februar:
Brandenburg: Im Volkshaus. — Duisburg, Bezirk Gladbach: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 23. Februar:
Duisburg, Bezirk Pochhammerich: Abends 7 1/2 Uhr bei Wölfl, Bahnh. 9.

Sonntag, den 24. Februar:
Duisburg, Bezirk Westf.: Abends 6 Uhr in der „Sonne“. — Grimmen: Abends 7 Uhr bei Giese, Nordberlinerstraße. — Trier: Abends 8 Uhr bei Hermann Buch, Freiheitstraße. — Schönebeck: Abends 7 1/2 Uhr in der „Bayerischen Bierhalle“. — Wolfenbüttel: Abends 7 1/2 Uhr im Gasthof „Zur Lämme“.

Sonntag, den 25. Februar:
Arndswalde: Nachm. 3 Uhr im „Goldenen Löwen“. — Beckum: Vorm. 11 Uhr bei Trampe, Geldernstraße. — Buer: Vormittags 9 Uhr bei Koblach, Fagenstraße. — Crefeld: Vorm. 10 Uhr bei Carl Jungermann, Breitestraße, Ede Treibungenstraße. — Detmold: Vormittags 10 Uhr im Volkshaus, Ede Paulinen- und Logesstraße. — Duisburg, Bezirk Sterkrade: Vormittags 10 Uhr im „Rheinischen Hof“. — Griner: Vormittags 2 Uhr bei Grund, Königstraße. — Ingolstadt: Vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus („Schälbräu“). — Neu-Ruppin: Nachmittags 3 Uhr im Volkshaus.

Anzeigen.

Zahlstelle Hamburg und Umgegend.

Zahlstellerversammlung Sonntag, den 25. Februar, morgens pünktlich 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Or Saal, oben. Tagesordnung: Quartals- und Jahresabrechnung, Jahresbericht, Anträge und Verbandsangelegenheiten. Kein Zahlstellenfunktor darf fehlen. Der Vorstand.

Achtung! Zahlstelle Pasewalk u. Umg.

Sonntag, den 4. März, nachmittags 3 Uhr, findet bei Wolf, am Markt, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Vorstand.

Zahlstelle Wolfenbüttel.

Die Versammlungen finden von jetzt an wieder jeden letzten Sonntag im Monat, abends 7 Uhr, statt. Die hier am Orte arbeitenden Kameraden haben in jedem Quartal wenigstens an 2 Versammlungen teilzunehmen, widrigenfalls sie eine Buße von 100 M. zahlen. Der Vorstand.

Der Zimmerer **Paul Lehmann,** geb. 28. Oktober 1896 Chemnitz, zuletzt in Hardingen am Rhein, soll seine jetzige Adresse angeben. Wer über Genannten Aufschluß geben kann, soll dieses an die Geschäftsstelle der Zahlstelle Chemnitz-K., Volkshaus, berichten.

Paul Grams, sende Deine Adresse an Deinen Bruder Mont Genjtr. 121.

Friedrich Witthöft, Zimmerer, aus Gilstrow in Mecklenburg, sende Deine Adresse an Deinen Freund Berthold Bildau, fremder Zimmerer, Osterfeld i. Westf., Südr. 33, bei Löw.